

Betten für Asylbewerber könnten knapp werden

Seit Wochen rangeln Bund und Kantone darum, wer im Falle eines Ansturms für die Unterbringung sorgen muss

DANIEL GERNY

Mitten in der heissen Wahlkampfphase der kommenden Wochen droht der Schweiz die nächste Belastungsprobe im Asylbereich. Mit rund 27 000 Asylgesuchen rechnet der Bund in diesem Jahr – und die Prognosen scheinen sich zu bestätigen. Bis Ende Juli sind gemäss der Statistik des Staatssekretariats für Migration (SEM) gut 14 000 Gesuche eingereicht worden. Erfahrungsgemäss nimmt die Zahl der Asylsuchenden im Herbst sogar noch zu. Aber weiterhin ist unklar, wo diese untergebracht werden sollen, wenn die bestehenden Kapazitäten in den Bundesasylzentren nicht ausreichen.

Nicht alle sind unkooperativ

Das Seilziehen dauert seit Monaten an. Weil sich der Bund auf den sich abzeichnenden Engpass vorbereiten wollte, beantragte er den eidgenössischen Räten einen Nachtragskredit von gut 130 Millionen Franken für den Bau von Containerdörfern. Doch er lief damit in der Sommersession wegen des Widerstands von bürgerlichen Ständeräten auf – eine bittere Niederlage für Justizministerin Elisabeth Baume-Schneider, aber auch

für die Kantone: Denn der Ständerat verlangte, dass zuerst Zivilschutzanlagen in den Kantonen genutzt werden müssten, bevor Geld für neue Containerunterkünfte ausgegeben wird.

Doch das wird schwieriger als erwartet: Zahlreiche Kantone haben in den letzten Tagen klargemacht, dass sie von dieser Strategie nichts halten – und sie keine zusätzlichen Betten zur Verfügung stellen können. So haben die Zentralschweizer Kantone gemeinsam beschlossen, keine Zivilschutzanlagen bereitzustellen. Der Obwaldner Sozial- und Sicherheitsdirektor Christoph Amstad sagte kürzlich gegenüber Fernsehen SRF, man sei zum Schluss gekommen, «dass wir das im Moment nicht machen».

Auch andere Kantone sind dazu nicht bereit, so zum Beispiel Solothurn, Graubünden oder die Waadt. Als einen der Hauptgründe nennen sie den zu erwartenden Widerstand aus den Gemeinden. Tatsächlich befinden sich viele Zivilschutzanlagen in deren Eigentum, so dass die Kantone nicht einfach darauf zugreifen können. Schon in der Parlamentsdebatte vom Sommer ist dieser Einwand vorgebracht worden.

Allerdings zeigen sich nicht alle Kantone unkooperativ. Der Kanton Aargau

beispielsweise meldete beim SEM vergangene Woche die geschützte Sanitätsstelle in Wettlingen mit rund 200 Übernachtungsplätzen an. Und dies, obwohl sich der Gemeinderat von Wettlingen gegen die Nutzung der Anlage als Asylunterkunft wehrt, die sich in einem Wohngebiet und in der Nähe einer Schule befindet.

Wer übernimmt die Kosten?

Der Kanton pocht aber darauf, dass der Bund wenigstens die Kosten für die Instandstellung der Anlage übernimmt – ein weiterer Streitpunkt in diesem Seilziehen. So schieben sich Bund, Kantone und Gemeinden die Verantwortung gegenseitig zu. Inzwischen wird die Zeit knapp. Am Freitag trifft sich deshalb die Kontaktgruppe Asyl mit Vertretern des Bundes sowie der kantonalen Polizei- und der Sozialdirektoren, um eine Lösung zu finden. Wie diese aussehen könnte, ist offen. Die Kantone drängen den Bund aber dazu, selber nach Plätzen zu suchen. Das SEM hat im Juni zugestimmt, abzuklären, ob Militäranlagen länger als geplant genutzt und zusätzliche Unterkünfte dazugemietet werden können.

Unter dem Strich befinden sich aber die Kantone in einer etwas ungünstigeren Verhandlungsposition. Reisen in den kommenden Monaten zu viele Asylsuchende ein, werden sie voraussichtlich früher oder später wieder unter Druck kommen. Dies wegen einer folgenreichen Bestimmung im Asylgesetz: Sie sieht vor, dass Flüchtlinge bei Kapazitätsengpässen in den Bundeszentren ausnahmsweise auf die Kantone verteilt werden können, auch wenn eigentlich der Bund für die Unterbringung zuständig wäre. Die Kantone müssen dann dennoch für die Betten sorgen.

Genau dies hat der Bund bereits im letzten Herbst getan, als sich eine Rekordzahl von Asylsuchenden abzeichnete. Für sechs Wochen galt das ausserordentliche Regime, was für die Kantone zu einer Zusatzbelastung und zu teilweise harscher Kritik führte. Der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr warf dem Bund damals in deutlichen Worten vor, die Suche nach genügend Unterbringungsplätzen zulasten der Kantone zu vernachlässigen. Einiges deutet darauf hin, dass die Spannungen zwischen Bund und Kantonen im laufenden Herbst wieder grösser werden könnten.